



LHG-Anteilsverkauf:

Der "ganz normale" kapitalistische Wahnsinn

Im Windschatten der Fußball-Euphorie hat die angeblich linke Bürgerschaftsmehrheit in Lübeck die weitere Privatisierung von öffentlichem Eigentum vorangetrieben und damit ihren politischen Offenbarungseid geleistet.

Viel schneller als befürchtet ist diese pseudo-linke Mehrheit bei den Ur-Rezepturen des Finanzkapitals angekommen.

Die Fraktionen von SPD, Grünen und Partei Die Linke (PDL) in der Lübecker Bürgerschaft sind erfreut: Sie haben erneut Anteile an der Lübecker Hafen-Gesellschaft (LHG) verkauft –

an den britischen Finanzinvestor Rreef, der zu 100 Prozent der Deutschen Bank gehört. Toll!

Hierbei „ging es nicht um eine weitere, fantasielose Privatisierung. Der Beschluss der Bürgerschaft setzt mit seinen Eckpunkten politische Meilensteine“ wird

von Seiten dieser Fraktionen verkündet. Ist dem wirklich so?

Nach dem ersten Verkauf von 2008, bei dem bereits 25,1 Prozent der LHG an den britischen Finanzinvestor Rreef gingen, wurden jetzt weitere 12,4 Prozent verkauft. 37,5 Prozent ehemals kommunalen Eigentums gehören also nun einem privaten Finanzinvestor bzw. indirekt der Deutsche Bank AG.



Was sollen also die Vorteile sein, die uns die Herrschaften von SPD, Grüne und PDL als sogenannte Meilensteine ver-

kaufen wollen?

Diese werden umgehend benannt:

„- der Verkaufserlös fließt vollständig in notwendige Investitionen, um den Hafen zukunftsfähig zu machen;

weiter S.6

Damp ist überall

Vor Ort aus dem Fresenius-Helios-Konflikt lernen?

Wie viele andere Menschen in Schleswig-Holstein und ganz Deutschland, so haben auch wir Kommunistinnen und Kommunisten in Lübeck und Ostholstein uns mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen in Damp solidarisiert.

Man könnte nun fragen warum. Doch bei näherer Betrachtung sind die dortigen Probleme nicht wirklich weit weg von unseren Problemen vor Ort: Lange ist es noch nicht her, dass die Mitarbeiter des UKSH in Kiel und Lübeck gegen die Privatisierung der Kliniken gekämpft haben und privatisierte Kliniken kennt man in Ostholstein bereits nur zu gut.

Privatisiert. Das hört sich im ersten Moment dank der herrschenden Logik gar nicht schlimm an. Denn private Betreiber können angeblich besser wirtschaften, da sie sich ja dem Wettbewerb stellen müssten.

Außerdem sei Wettbewerb eben etwas Gutes – so wird es uns jedenfalls tagtäglich gebetsmühlenartig eingetrichtert. Wettbewerb sorgt angeblich für günstigere Preise und mehr Service. So weit die Theorie.

Eine Theorie, die wieder einmal belegt, dass die herrschende Meinung eben die Meinung der Herrschenden ist!



Denn die Praxis der Auseinandersetzung zwischen dem privaten Fresenius Helios Konzern und seinen Angestellten und Arbeitern zeigt deutlich, was die Mehrheit der Bevölkerung wirklich von Privatisierungen zu erwarten hat: Für den privaten Betreiber geht es nur um

eines – um Profit. Nur wenn die Kliniken Profit erwirtschaften, sind sie aus Sicht des Konzerns rentabel, und nur dann kann sich das Unternehmen dem Wettbewerb stellen.

weiter S.7

Kurt Tucholsky
(1930)

"Die freie Wirtschaft"

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf Euren Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein.
Wir wollen freie Wirtschaftler sein!

Wir diktieren die Preise und die Verträge - kein Schutzgesetz sei uns im Wege.

Ihr braucht keine Heime für Eure Lungen, keine Renten und keine Versicherungen.
Ihr solltet Euch allesamt was schämen, von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehen - Wollt Ihr wohl auseinandergehen!

Ihr sagt: Die Wirtschaft müsse bestehen.
Eine schöne Wirtschaft!
Für wen? Für wen?

Das laufende Band, das sich weiterschiebt, liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt.
Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug sacht Eure eigene Kundschaft kaputtgemacht.
Denn Deutschland besteht - Millionäre sind selten - aus Arbeitern und aus Angestellten!

Und Eure Bilanz zeigt mit einem Male einen Saldo mortale.
Während Millionen stempeln gehen.
Die wissen, für wen!



Fiskalpakt

Sargnagel für die kommunale Selbstständigkeit

Am 29. Juni 2012 beschlossen Bundestag und Bundesrat mit 2/3tel Mehrheit die Zustimmung Deutschlands zum EU-Fiskalpakt. Die Auswirkungen dieser Beschlüsse werden alle Menschen in Europa sehr bald schon am eigenen Leib erfahren dürfen – nicht nur in Griechenland, Portugal, Spanien oder sonst wo in Südeuropa, sondern auch hier vor Ort, in jeder Kommune, im ganzen Land. Auch in Lübeck und Ostholstein werden wir von den Konsequenzen dieser Politik im Interesse des Großkapitals nicht verschont bleiben.

Wie sich dies auch bei uns auf kommunaler Ebene auswirken wird schildert das Bottroper DKP Ratsmitglied Michael Gerber sehr anschaulich in einem Interview der UZ, welches wir im Folgenden dokumentieren:

UZ: Bundestag und Bundesrat haben mit 2/3-Mehrheit dem Fiskalpakt zugestimmt. Welche Konsequenzen sind mit dem Fiskalpakt verbunden?

Michael Gerber: Mit dem Fiskalpakt, zu dem sich 25 der 27 EU-Länder verpflichten, soll ab 2013 die Staatsverschuldung begrenzt werden. Faktisch wird damit die Schuldenbremse von 2020 auf das nächste Jahr vorgezogen. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte soll zunächst auf 0,5 Prozent und später auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der jeweiligen Länder reduziert werden. Die öffentlichen Schulden, die 60 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung überschreiten, müssen dann jährlich um 5 Prozent abgebaut werden. Damit sind Bund, Land und Kommunen verpflichtet, 20 Jahre lang jährlich mindestens 25 Milliarden Schulden abzubauen. Diese Mittel sollen vorrangig durch Ausgabenkürzungen erzielt werden. Der Fiskalpakt schreibt vor, dass die "Wettbewerbsfähigkeit" gefördert werden soll. Damit sollen Steuererhöhungen für Reiche und Konzerne ausgeschlossen werden. Die Konsequenz sind drastische Kürzungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur, weiterhin niedrige Löhne und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die Folgen sind in Griechenland, Spanien und Portugal zu besichtigen: Die sinkenden Reallöhne bewirken eine Reduzierung der Binnenachfrage, Produktion und Steuereinnahmen sinken und die Neuverschuldung der Staaten steigt.

UZ: Welche Auswirkungen hat der Fiskalpakt für die Kommunen?

Michael Gerber: Die gesamte öffentliche Neuverschuldung ist durch den Fiskalpakt künftig auf jährlich 12 und später auf 9 Milliarden Euro beschränkt. Allein die Kassenkredite der Kommunen haben sich im letzten Jahr um 6 Milliarden Euro auf 45 Milliarden Euro erhöht. Damit wird bereits die Hälfte der möglichen Neuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen durch die steigenden Kassenkredite der Städte in Anspruch genommen. Für notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur bleibt kein Spielraum mehr. Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund warnt: "Wir riskieren die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der öffentlichen Hand." Martin Lehrer vom NRW Städte- und Gemeindebund äußerte sich besorgt. "Die Gefahr besteht, wenn der Bund seinen Haushalt sanieren will, dass er versucht, kostenträchtige Aufgaben auf die Länder abzuwälzen - und die Länder könnten dasselbe mit den Kommunen tun." Das



Deutsche Institut für Urbanistik sieht bereits durch die Schuldenbremse große Probleme auf die Kommunen zukommen, indem überproportional steigende Sozialausgaben und die fehlenden Möglichkeiten, Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, zu einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale führen werden. Betrogen die Sachinvestitionen der Kommunen in NRW je Einwohner im Jahre 2000 noch 229 Euro, sind diese im letzten Jahr auf 164 Euro gesunken. Dieser Trend wird sich in Zukunft weiter verstärken. Die verschiedenen Warnungen zeigen deutlich, dass die Städte und Gemeinden die ersten Verlierer des Fiskalpaktes sein werden.

UZ: Trotzdem haben die Spitzenverbände der Kommunen sich in Stellungnahmen positiv zum Fiskalpakt geäußert.

Michael Gerber: Die Inkonsequenz des Deutschen Städtetages wird in einer Stellungnahme seines Präsidenten, des Münchener Oberbürgermeisters Christian Ude, deutlich: "Die Städte unterstützen den Fiskalpakt. Sie müssen aber befürchten, dass die Umsetzung im Ergebnis zu einer Einschränkung ihrer Haushaltsautonomie und damit letztlich ihrer politischen Handlungsfähigkeit führt." Die Zustimmung der Kommunen, obwohl selber nicht einbezogen in den Verhandlungspoker zwischen Bundesregierung und Ländern sowie mit den Spitzen von SPD und Grünen, unter

Ausschluss der Partei "Die Linke", wurde mit vagen Zugeständnissen der Bundesregierung erreicht. Danach will sich der Bund in dem neuen Bundesleistungsgesetz nach 2013 an den Kosten für die Hilfen für Menschen mit Behinderungen beteiligen. Darüber hinaus gibt es die Absicht des Bundes, früher als vereinbart von den Kommunen die Ausgaben für die Grundversicherung zu übernehmen. Dies alles wird aber nicht verhindern, dass die Sozialausgaben für die Gemeinden auch in Zukunft weiter steigen werden. Die Kommunen haben bereits bei der Einführung von Hartz IV die Erfahrung gemacht, dass ihre Zustimmung mit angeblichen Entlastungen bei den Kosten für die Unterkunft für Bedarfsgemeinschaften erkaufte wurde. In den Folgejahren hat der Bund seine Beteiligung an diesen Kosten immer weiter reduziert. Die Städte sind von der Bundesregierung im Stich gelassen worden. Das Ergebnis ist ein steigender Schuldenberg und die Handlungsunfähigkeit der Gemeinden.

UZ: Der DGB und Einzelgewerkschaften haben sehr deutlich den Fiskalpakt kritisiert. Kann der Fiskalpakt trotz der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat noch gestoppt werden?

Michael Gerber: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat einen Stopp des Fiskalpaktes und der Schuldenbremse gefordert. Mit dem Fiskalpakt werden die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Aussetzung sozialer und kollektiver Grundrechte vorangetrieben, kritisierte der DGB-Vorsitzende. Noch deutlicher äußerte sich der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, der den Fiskalpakt bezeichnet als "ein Instrument, das die Demokratie schwächt, ökonomisch schädlich und sozial unverträglich ist." Völlig zu Recht kritisiert "Die Linke" im Bundestag den Fiskalpakt als grundgesetzwidrig und hat daher Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Entscheidung, ob der Fiskalpakt Wirklichkeit wird, hängt jedoch künftig daran, ob sich bei uns im Ansatz ein ähnlicher Widerstand in den Betrieben und den Kommunen gegen diese unsoziale Politik entwickelt wie in Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien. Die Banken sind wieder einmal die Gewinner. Sie leihen sich faktisch umsonst Geld bei der Europäischen Zentralbank und verdienen sich mit Krediten an die Städte und Gemeinden eine goldene Nase. Banken müssen vergesellschaftet und Hedgefonds verboten werden. Statt die Kommunen kaputtzusparen, müssen ihre Schulden bei den Banken gestrichen werden. Die Stadt gehört uns und nicht den Banken!

(aus UZ - Zeitung der DKP, 6. Juli 2012)

Die Alternative muss erkämpft werden!

von Hans Heinz Holz (1927-2011)



Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium stellt die Menschheit vor die Frage: Revolution oder Verewigung von Ausbeutung, Unterdrückung und Krise

Seit Herbert Marcuse geistert unter bürgerlichen Gesellschaftswissenschaftlern und revisionistischen Marxisten die These herum, die weltweite Entwicklung und Ausbreitung der Technik, also der moderne Stand der Produktivkräfte, habe die Klassengegensätze eingeebnet und die Arbeiterklasse ihrer geschichtlichen Funktion beraubt, Totengräber des Kapitalismus zu sein. Von der Konvergenztheorie der sechziger Jahre bis zur Globalisierungsthese heute ist das Argumentationsmuster gleich geblieben. Statt der Produktionsverhältnisse, deren Kern die Eigentumsverhältnisse sind, werden Teilelemente davon, z.B. Kommunikation, Verkehr, Verwaltung usw., als formationsbestimmend genommen und deren Homogenisierung als Aufhebung der gesellschaftlichen Antagonismen betrachtet. Daraus erwächst die Illusion, eine Harmonisierung der Interessengegensätze sei dauer-



haft möglich, eigentlich gelte es nur noch, Irrtümer zu korrigieren, nicht mehr zu zerstören. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital sei aufgehoben.

Marx also sei überholt, ein großer Ökonom des 19. Jahrhunderts, aber im 21. nicht mehr gültig; Lenin ein Theoretiker des Ersten Weltkriegs. Wenn aber die ganze Welt vom einheitlichen Interesse des Finanzkapitals an der Erhaltung der bestehenden Ordnung geleitet ist, dann gibt es keinen Imperialismus mehr zu bekämpfen, allenfalls gilt es, der Herrschaft des Finanzkapitals Grenzen zu setzen. Kompromisse in der Eigentumsverteilung statt Klassenkampf um die Veränderung der Eigentumsverhältnisse.

Komplexe Weltlage

Wer so denkt, denkt im Interesse der Kapitalisten und mithin gegen sich selbst. Dass Marx nicht überholt ist, sondern seine Analysen höchst aktuell sind, zeigt die

Krise, in der wir uns befinden. Wer 1990 glaubte, Marx für tot erklären zu dürfen, sieht sich zwanzig Jahre später von Grund auf widerlegt. Und dass Marx nach 150 Jahren nicht ohne Lenin angemessen verstanden und angewendet werden kann, hat der hervorragende Aufsatz von Hans Peter Brenner (junge Welt-Thema vom 4.12.2010) deutlich gemacht. Er hat auch geklärt, dass der Imperialismus verschiedene Ausprägungen und Stadien hat, und daß er 2010 nicht dieselben Formen annimmt wie 1914 oder 1933. Die Behauptung von Soziologen wie Karl Hermann Tjaden, der Formationsbegriff sei untauglich, die gesellschaftliche Typologie zu erfassen, ist einfach falsch.

Es gibt die übergreifende Form des Kapitalismus, der sich in den Phasen der frühen Industrialisierung, des Kolonialismus, der nationalstaatlichen Konkurrenz und der Konkurrenz der grenzüberschreitenden Konzerne verschiedene politische Gestalten oder Bewegungsformen schafft, die stets dem Gesetz der sich immer mehr beschleunigenden Kapitalakkumulation folgen.

Die von Lenin erkannte neue beherrschende Rolle des Finanzkapitals hat sich gerade in der gegenwärtigen Krise bestätigt. Dass sich die Konkurrenz der großen Kapitalien nach wie vor des Instruments einzelstaatlicher Machtausübung bedient und seiner bedarf, lässt sich an der gewalttätigen Erpressung der kleinen Staaten in der EU einerseits und an dem Konkurrenzkampf des deutschen und französischen

Eurokapitals mit dem US-amerikanischen in Asien und Lateinamerika verfolgen.

Wir befinden uns in der hochimperialistischen Phase des Kapitalismus. Der Zwang für die großen Kapitalmächte, neue Märkte aufzubauen, um das eigene Investitionsbedürfnis zu befriedigen, hat zugleich die Entwicklung nationaler Bourgeoisien zur Folge, deren Interesse es ist, sich der Hegemonie der großen Mächte zu entziehen. Wie das politisch aussieht, können wir in Lateinamerika beobachten, wo die Tendenz, die Vorherrschaft des US-amerikanischen Kapitals abzuschütteln, die Bildung scheinbar linksbürgerlicher Regierungen begünstigt hat. Ich sage scheinbar, denn weder in Brasilien noch in Argentinien, Ecuador oder Peru hat sich an der rigiden Ausbeutung bäuerlicher und proletarischer Schichten etwas geändert. Venezuela und Bolivien sind Ausnahmen. China nutzt den Investitionsdrang und Konsumbedarf der

wirtschaftlichen Großmächte USA und EU als Import- und Exportland zu hohen Wachstumsraten und ist im Begriff, sich mit den Großmächten auf eine Stufe zu stellen. In Rußland entwickelt sich ein durch den Ressourcenreichtum des Landes gestützter Kapitalismus, dessen Außenpolitik in mancher Hinsicht und, mit Vorsicht gesagt, an die Strategie der Zarenzeit erinnert

Die Weltpolitik ist komplizierter geworden.

Es stehen nicht mehr zwei Lager gegeneinander, das imperialistische und das sozialistische, zwischen denen sich ein labiles Gleichgewicht herstellen konnte. Jetzt sind es vielmehr mehrere Imperialismen, die in Konkurrenz stehen und die in merkwürdigen Mischungen und Überschneidungen in Konflikten und Bündnissen miteinander verzahnt sind. Stellvertreterkriege werden in peripheren Regionen, aber auch an strategisch zentralen Punkten wie Afghanistan geführt. Vorfelder für eine globale Auseinandersetzung werden abgesteckt, von der man noch nicht weiß, wie die Fronten ver-



laufen werden. Manche Gurus der Wirtschaftsforschung und Börsenprognostik sprechen schon offen davon, dass Krieg der einzige Ausweg aus dem Krisenzustand des Kapitalismus sei.

Sozialer Konfliktstoff

Weltweit öffnet sich die Schere zwischen arm und reich immer weiter. Die Absatzzahlen und vor allem die Zielvorgaben der Industrie täuschen darüber hinweg. Kurzfristig profitieren sie davon, dass in den sich entwickelnden Ländern ein Mittelstand mit neuer Kaufkraft entsteht. Das aber ist eine kleine Schicht gegenüber dem Anwachsen der mehr und mehr verelendeten Massen. In den reichen Ländern wird dieser Prozess zunächst nur als schmerzhafter Sozialabbau wahrgenommen. In großen Teilen der Welt bedeutet er aber nackten Hunger.

weiter S.4+5



Die Alternative muss erkämpft werden!

Fortsetzung von S.3

von Hans Heinz Holz (1927-2011)

Die Zahlen der UNO-Institutionen über Lebensstandard, Unterernährung, Kindersterblichkeit sind erschütternd. Die paar tausend Reiche aber werden immer reicher und können mit ihrem Reichtum nichts anderes anfangen, als sich gegenseitig in Spekulationsgeschäften zu überlisten, damit einige noch reicher werden. Der soziale Konfliktstoff nimmt ständig zu, jedoch noch nicht das Bewusstsein, an welchen Fronten der Kampf verlaufen muß und was es eigentlich zu erstreben gilt, nicht Ausbesserung des einen oder anderen Schadens, sondern Umsturz einer nicht mehr funktionierenden Ordnung.

Lenin hat betont, dass es ohne revolutionäre Theorie auch keine revolutionäre Praxis geben kann. In der Tat haben wir eine zunehmende rebellische Stimmung, da und dort auch offene Empörung, aber keine organisierte revolutionäre Praxis. Arbeit an der Theorie, wie sie die Rosa-Luxemburg-Konferenzen leisten, ist darum heute unabdingbarer Bestandteil der revolutionären Praxis. Denn diese wird es nicht geben, wenn sie sich nicht um einen gedanklichen Kern herum ihrer selbst bewußt wird und sich bildet. Natürlich reicht die Theorie nicht, sie muß in Tathandlung übergehen. Als Handlung der Massen kann sie nur in organisierter Form wirksam sein. Eine starke revolutionäre Organisation ist als Kern revolutionärer Praxis unerlässlich.

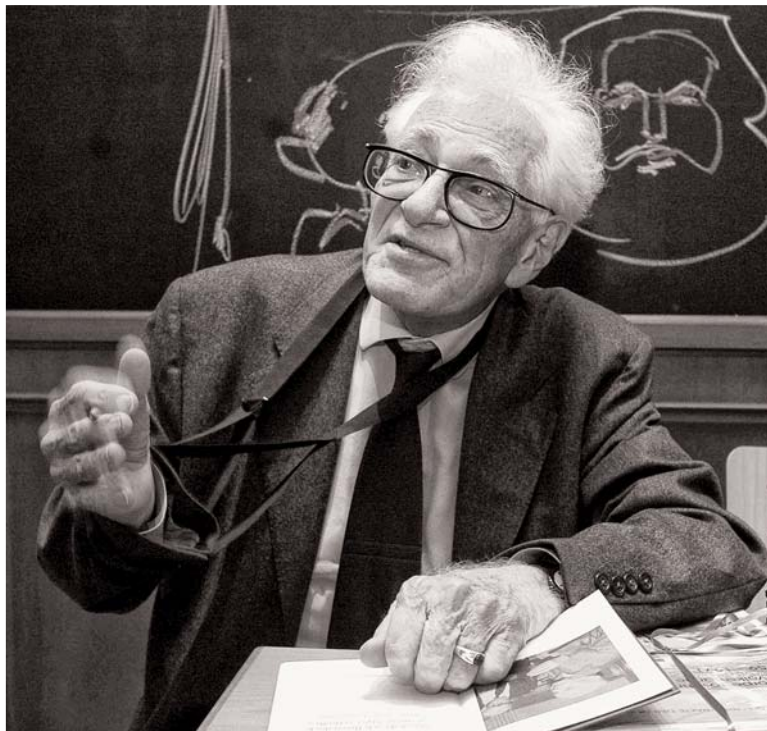
Die Herrschenden wissen das, offenbar bis jetzt besser als die Beherrschten.

Sie bereiten die Unterdrückungsmaßnahmen vor, schaffen die Instrumente dafür. Der Imperialismus ist überall mit dem Übergang zu faschistischen Herrschaftsmethoden verbunden. In den USA haben wir seit langem die nur punktuell von unabhängigen Richtern verhinderte Verletzung von Rechtsnormen und Verfassungsgrundsätzen, in Deutschland die Sicherheitsgesetze à la Schäuble; generell in der Welt den Vorwand des Terrorismus zur Rechtfertigung von Polizeiwillkür. Imperialismus tritt uns nicht nur entgegen in der Form einer aggressiven Außenpolitik, sondern ebenso sehr in der Form einer repressiven Politik nach innen.

Dialektik der Machtfrage

Marx hat gelehrt, daß der Staat die Organi-

sationsform der Herrschaft ist. Die bürgerlichen Staaten, auch wenn sie eine demokratische Verfassung haben, sind die Herrschaftsform der kapitalistischen Bourgeoisie. Sie sind die Diktatur des Kapitals. Erst im Kommunismus wird der Staat und damit die Herrschaft von Menschen über Menschen absterben. Lenin hat ausgeführt, dass der Staat das Feld ist, auf dem sich die Revolution vollzieht, als Übernahme der Staatsgewalt. Im Sozialismus ist der Staat noch nicht abgestorben, aber die Herrschaft übernommen von der Mehrheit der bis dahin Beherrschten, statt von einer Minderheit von Herrschenden. Unter dieser Bedingung kann das Absterben des Staates eingeleitet werden. Sagen wir es ganz klar, eine sozialistische Gesellschaft gibt es noch nirgendwo, bestenfalls Übergänge dazu wie in Kuba



und in China. Ob der Übergang gelingt, ist eine Frage des Klassenkampfes, der Eroberung und Ausübung der Macht durch das Proletariat. Die Diktatur des Proletariats ist der Anfang der Aufhebung der Diktatur des Proletariats. Wer diese Dialektik nicht begreift, muss erst noch lernen, wie wir kämpfen müssen.

Hemmungslose Ausbeutung

Der Imperialismus ist die höchste Stufe der kapitalistischen Organisationsform der bürgerlichen Gesellschaft. Alle Staatsfunktionen und der ganze Reichtum der gesellschaftlichen Kräfte werden der hemmungslosen Ausbeutung durch das Kapital subsumiert. Nur was der Akkumulation des Kapitals unmittelbar oder mittelbar dient, wird in die Staatstätigkeit aufgenommen. In

der frühbürgerlichen Gesellschaft bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts galt der Staat, wie Hegels idealistische Konstruktion des Staats zeigt, noch als die Instanz der Vermittlung der Interessen von einzelnen und Gruppen im Dienste einer allen zugutekommenden Ordnung der gesellschaftlichen Koexistenz und Kooperation. Im Imperialismus ist er ausschließlich Instrument zur Durchsetzung der stärksten Kapitalinteressen ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl. Gegen diese Konzentration von Herrschaft muss sich Widerstand vonseiten der Benachteiligten herausbilden, zunächst aus vielen partikularen Interessen. Ob der Ausbau des Frankfurter Flughafens oder der Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, ob risikoreiche Ablagerung von Atom- müll oder Schadstoffbelastungen der Luft,

ob Ölbohrungen vor der Küste oder Abholzung von Waldgebieten? Oft sind es erst einmal regionale Gegenbewegungen, die sich gegen den bestimmten Missstand richten. Dass allen Missständen das System des Kapitalismus zugrunde liegt, ist eine über die unmittelbare eigene Erfahrung hinausgehende theoretische Einsicht. Die Informationsmedien, in den Händen der Kapitalmächte, tun alles, um diese Einsicht zu verhindern. Zwar ist die Manipulation nahezu universell, aber sie kann auf die Dauer nicht nachhaltig sein. Die Widersprüche drängen sich auf. Zur Sicherung der Kapitalherrschaft wird darum der Unterdrückungsapparat auf- und ausgebaut. Der Imperialismus bringt unausweichlich den Faschismus als politische Gewalt hervor und erzeugt die ihn stützenden oder von ihm ablenkenden Ideologien. Wesen und Rolle des imperialistischen, in den Faschismus übergehenden Staates sind illiberal, auch wenn sich der Imperialismus hinter dem Tarnwort Neoliberalismus versteckt.

Allgemeine Krise

Der Imperialismus des 20. Jahrhunderts fand seine Grenzen in der antiimperialistischen Weltmacht des sozialistischen Lagers. Dessen innere Zersetzung durch einen theoretischen und politisch-praktischen Revisionismus, der die Einpassung in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem zur Folge hatte, hat dreißig Jahre gebraucht. Bis 1989 waren dem Imperialismus durch die Zweipoligkeit der politischen Weltordnung



Beschränkungen auferlegt. Der Klassenkampf wurde auf zwei Ebenen ausgefochten: zwischen den zwei militärisch-ökonomischen Machtblöcken und zwischen den nationalen Bourgeoisien und dem jeweils national organisierten internationalen Proletariat. Daß dieser Klassenkampf im Herzen des Sozialismus, der Sowjetunion, fürs erste durch den Sieg der Revisionisten verloren wurde, hat das Gesicht der Welt verändert.

Die Ereignisse seit 1990 haben demonstriert, dass der Imperialismus nicht demokratisch zu zähmen ist. Die Zugeständnisse, die das große Kapital unter dem Druck, einer sozialistischen Weltmacht gegenüberzustehen, an die mittelständische Bourgeoisie und die Arbeiterklasse machen musste, wurden Schritt für Schritt annulliert. Verarmung und Verelendung erwachsen direkt aus der maßlosen Steigerung des Profits, für den es bei zunehmender Abdrängung der Menschen aus dem Produktionsprozess gar keine profitbringenden Anlagemöglichkeiten gleichen Ausmaßes mehr gibt. Finanzspekulationen sind ein Ausweg, der über kurz oder lang immer wieder zur Vernichtung riesiger Vermögenswerte auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung führen muß. Für eine Zeit verbinden sich dann die Interessen der mittelständischen Industrie und des Proletariats zur Abwehr des Imperialismus.



Marx Engels Lenin

Aber machen wir uns keine Illusionen. Auch wenn die kleine Bourgeoisie unter dem Druck des großen Kapitals zu leiden hat und Opfer bringen muss, hängt sie an dem Schein des Wohlstands, den ihr der

Kapitalismus vorgaukelt. Das Bündnis gegen den Imperialismus ist notwendig, aber labil. Reformen innerhalb des Kapitalismus führen nicht zu wirklichen Verbesserungen, weil das System seinem grundlegenden Bewegungsgesetz, der Akkumulation des Kapitals, folgen muss. Die Krise ist längst nicht mehr nur eine zyklische am Finanz- oder Warenmarkt. Sie hat unwiderruflich alle Lebensbedingungen erfasst. Der Umweltzerstörung wird nicht Einhalt geboten. Die Regulierung der klimaverändernden Einflüsse versagt. Bei wachsender Weltbevölkerung werden die Energieressourcen erschöpft, für viele wird Wasser schon zu einer Rarität. Die Arbeitslosigkeit, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit, nimmt zu, weil immer mehr menschliche Arbeitskraft durch Technik ersetzt wird. Das Bildungsniveau sinkt, Kenntnisse werden auf ihren Nutzen für die Kapitalverwertung ausgerichtet.

Demokratie und Rechtsgleichheit unterliegen einem fortschreitenden Abbau und werden durch formelle Prozeduren ersetzt. Das alles sind Momente des Imperialismus. Der Imperialismus ist das Stadium der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen, politischen.

Ökonomische Krisen sind die Knotenpunkte in der Bewegungsform des Kapitalismus. Sie gehören strukturell zu dieser Gesellschaftsformation. Die allgemeine Krise ist mehr. Sie ist die Phase, in der die Funktionsmechanismen der Gesellschaftsformation in ihre Selbsterstörung umschlagen. Das heißt nicht, daß der sich selbst zerstörende Kapitalismus automatisch in sein Gegenteil, den Sozialismus, übergeht. Die herrschende Klasse kann die Herrschaft erhalten, indem sie in die Barbarei verfällt. Das besagt die Alternative »Sozialismus oder Barbarei«, die Rosa Luxemburg formulierte.

Die Barbarei auf der historischen Stufe der Zivilisation? das ist der Faschismus. Er

bleibt dem Kapital als »Ausweg« aus der Krise, vielmehr als ihre Verewigung. Die Alternative muss in revolutionären Aktionen erkämpft werden. Ich zitiere aus Lenins Referat auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale: »Wollte man von vornherein versuchen, die absolute Ausweglosigkeit zu beweisen, so wäre das leere Pedanterie oder ein Spiel mit Begriffen und Worten. Ein wirklicher Beweis in dieser und in ähnlichen Fragen kann nur die Praxis sein. Die bürgerliche Ordnung in der ganzen Welt macht eine ungeheure revolutionäre Krise durch. Wir müssen jetzt durch die Praxis der revolutionären Parteien beweisen, dass sie genügend Bewusstheit, Organisiertheit, Verbindung mit den ausgebeuteten Massen, Entschlossenheit und Fähigkeit besitzen, um diese Krise für eine erfolgreiche, für eine siegreiche Revolution auszunutzen.

Von Lenin lernen

1920 konnte Lenin erwarten, dass sich kommunistische Massen organisieren würden. Und es gab einen Sowjetstaat, der ihnen eine Heimat war. Der Sieg über den deutschen Faschismus 1945 hat dieser Erwartung recht gegeben, aber nur teilweise. Der Revisionismus, der die Leninsche Erkenntnis verleugnete, dass sich der Aufbau des Sozialismus nur in schärfsten Klassenkämpfen vollziehen kann, und stattdessen einer sozialdemokratischen Harmonisierungsideologie folgte, gab dem Imperialismus die Chance eines Auswegs. Nun muss der Kampf gegen die Barbarei von neuem begonnen werden. Nationale Kerne einer revolutionären Bewegung müssen gebildet, und sie müssen international vernetzt werden. Bei niemand anderem als Lenin finden wir so klar die Erwägungen, die von Situation zu Situation fortschreitend die Leitlinien der politischen Praxis vorzeichnen. Nicht die Situation von 1920 ist es, die wir heute meistern müssen. Aber von Lenin ist zu lernen, wie man mit einer Situation wie der heutigen umgeht.



www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de



LHG-Anteilsverkauf:

Der "ganz normale" kapitalistische Wahnsinn

- Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Lübecker Hafengesellschaft - das "Lübecker Modell";

- Arbeitnehmersicherung für den Fall unabweisbar notwendig werdender betriebsbedingter Kündigungen für 36 Monate.

- Eine Laufzeit der Vereinbarung bis 2024 schafft langfristige Sicherheit."

Alles dies sind de-facto nicht die Ideen der Bürgerschaftsmehrheit sondern vielmehr Ergebnisse von Verhandlungen zwischen der Hansestadt Lübeck, der Gewerkschaft Ver.di, dem Betriebsrat der Lübecker Hafengesellschaft sowie der Steuerungsgruppe und haben den Weg für den Beschluss der Lübecker Bürgerschaft frei gemacht, weitere Gesellschaftsanteile an der Lübecker Hafengesellschaft zu veräußern.



Bis Ende 2024 sind also nun die Jobs im Hafen sicher, so heißt es. Sollte dem Hafen allerdings zwischenzeitlich die Arbeit ausgehen, werden die dort Beschäftigten bis zu drei Jahre an städtische Betriebe oder Gesellschaften ausgeliehen. Besteht dann weiterhin Arbeitsmangel, werden weitere Beschäftigte ausgeliehen. Die Kosten für Löhne und Gehälter übernimmt in diesen Fällen die Stadt. Sollten bei der Stadt keine Stellen vorhanden sein, werden die Betroffenen in Qualifizierungsmaßnahmen untergebracht.

Darüber hinaus fließt ein Teil der Verkaufserlöse der Stadt in ein Beteiligungsmodell. Die Beschäftigten erwerben gemeinsam einen Anteil an dem Unternehmen. Wenigstens Ver.di und der Betriebsrat scheinen folglich ihre Hausaufgaben gemacht zu haben.

Die CDU-Fraktion kritisiert dieses Modell als „keine gute Lösung“ und spricht von „einem negativen Signal an die übrigen städtischen Gesellschaften, wo Arbeitnehmer nicht so gut abgesichert sind“. Auch von „Erpressungspotenzial“, welches im Hafen hoch sei, spricht die CDU.

Verwundert mag man sich die Augen reiben, denn dieser Deal müsste eigentlich auch der CDU gefallen, hat er doch alles, was die real-existierende kapitalistische Gesellschaft so „erfolgreich“ macht: Kommunales (also eigentlich öffentliches) Eigentum wird zu einem immer höher werdenden Teil an das Finanzkapital verschachert. Das hieraus „gewonnene“ (kurzfristige) Geld wird in die Modernisierung des Hafens gesteckt, damit dieser profitabel wird. Sollte der Hafen also profitabel werden, so steckt sich diesen Profit später – dank seines größeren Anteils – zu nicht unerheblichen Teilen das hundertprozentige Tochterunternehmen der Deut-

schen Bank ein. Der vorläufige Verkaufserlös wird also zu einem 37,5 % - Anteil direkt dem Käufer geschenkt! Wer investiert also??

Sollte das Ganze nicht so erfolgreich sein, oder der Profit auf diese Weise maximierbar, so lassen sich die Kosten für die, von der Gewerkschaft und dem Betriebsrat erkämpften, Beschäftigungsgarantien vom neuen Großanteilsigner leicht wieder auf die

Stadt – also auf öffentliche Gelder aus Steuermitteln – abwälzen, da dem Hafen sicherlich „leider“ zwischenzeitlich die Arbeit ausgeht und die Beschäftigten dann so oder so durch die Stadt bezahlt werden müssen.

Es ist das alte Lied: Gewinne werden privatisiert – natürlich nur an das Finanz- und Großkapital – und Kosten fallen wieder der Bevölkerung zur Last. Kapitalismus vom Feinsten!

So etwas nennen SPD, Grüne und PDL Meilensteine und die CDU schimpft. Letztere schimpft wahrscheinlich nur, weil Gewerkschaft und Betriebsrat es wirklich geschafft haben für einen überschaubaren Zeitraum Existenzen von Beschäftigten zu erhalten.

Das Schimpfen der CDU überrascht folglich nicht. Auch von SPD und Grünen waren wir solcherlei Selbstverleugnung ihrer politischen Wurzeln ja bereits gewöhnt. Aber dass die PDL so schnell in ihrer Rolle als weiterer Arzt am Krankenbett des Kapitalismus ankommt, hätte manchen Menschen noch überraschen können, wenn, ja wenn sie die handelnden Akteure der Lübecker PDL noch nicht kannten...

Wirkliche Alternativen im Sinne der Menschen sehen anders aus – sie erfordern aber auch das strikte Durchbrechen der Vorgaben der kapitalistischen Verwertungslogik!

Dazu hätte man einmal die Beschäftigten im Hafen fragen müssen, denn die kennen die wahren Quellen für Erfolg oder Misserfolg ihres Arbeitsbereiches sicherlich am Besten. Eine LHG in wirklichem Gemeinschafts-

eigentum der Beschäftigten würde fraglos länger leben und erfolgreicher sein, als dieser „Meilenstein“ im Großanteilsigentum des Finanzkapitals.

Denn Privatisierung ist nie die Lösung eines Problems, auch wenn sie scheinbar schnelles Geld verheißt, sie ist vielmehr immer der Anfang vom Elend: Lohndumping, Leiharbeit, Ausgliederung, Zerschlagung und schließlich Arbeitslosigkeit sind ihre steten Begleiter.

Ergo: Privatisierung löst keine Probleme, sie schafft sie erst!

Auch an diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr, wie nötig eine wirklich antikapitalistische Alternative in dieser Stadt ist.

Auch das noch !

Ein paar Fakten zu den tatsächlichen Folgen von Privatisierungen gesellschaftlichen Eigentums:

In Großbritannien bauen die privatisierten Eisenbahnen einen Unfall nach dem anderen, weil nicht in die Infrastruktur investiert, sondern an die Aktionäre ausgeschüttet wird.

Heute kommen in England, das für seine Pünktlichkeit berühmt war, 80 Prozent aller Züge zu spät. Und wer zur falschen Tageszeit von Birmingham nach London fährt, muss für dieselbe Leistung den 5-fachen Preis bezahlen

Die britischen Wasserversorger haben nach der Privatisierung die Tarife um 50% erhöht und 20.000 Haushalten vorübergehend den sprichwörtlichen Wasserhahn abgedreht, weil sie die steigenden Rechnungen nicht bezahlen konnten. Die Wasserqualität hat sich verschlechtert, die Hepatitis A-Fälle haben sich um 200% erhöht, die von Dysenterie um 600%. Die privaten Versorger sind bereits über 100 Mal wegen Vernachlässigung der Wasserqualität rechtskräftig verurteilt worden. Die Strafen kommen ihnen billiger als die Instandhaltung der Infrastruktur.

Der Chef des führenden französischen Versicherungskonzerns Axa begründete eine beabsichtigte Verdopplung der Prämien für Behindertenrenten Anfang 2000 gegenüber Le Monde so: "Ich bin eine Versicherungsgesellschaft, mir geht es um Gewinn, nicht um Solidarität."

.....



Vor Ort aus dem Fresenius-Helios-Konflikt lernen?

Wie macht man Profit mit einer Klinik? Man spart Kosten und erhöht die Einnahmen. Wie überall, wo die kapitalistische Profitlogik dominiert.

Erster Faktor: Personalkosten. Jede nicht absolut notwendige Stelle wird eingespart. Oder die Mitarbeiter werden eben gekündigt und erhalten zugleich das Angebot zu schlechteren Konditionen in einer neuen Firma wieder angestellt zu werden.

Das dies einerseits Existenzen von Menschen zerstört zählt dabei nicht. Dass dies andererseits zu den neuen Konditionen – weniger Geld und mehr Arbeit in derselben Zeit – nicht funktioniert, stört dabei nicht. Schlecker lässt grüßen.

Das dies drittens zu Lasten der Kranken geht ist dabei unwichtig. Wo es um Profit geht ist es egal, mit welcher Ware gehandelt wird, Hauptsache sie ist eben profitabel.

Im konkreten Fall sollte das Reinigungspersonal mittels Änderungskündigung in solch schlechter bezahlte Jobs einer neuen Gesellschaft gezwungen werden und in weniger Zeit mehr Arbeit erledigen. Das dies nicht funktionieren kann, und sogar zu Lasten der Hygiene und der Gesundheit der Kranken gehen würde, wagten die Kolleginnen und Kollegen anzumerken. Sie wagten sogar zu streiken. Dafür wurden sie entlassen, denn ein solches Volk stört die Mächtigen im Konzern, die doch nur das umsetzen wollten, was sie müssen: Profit erwirtschaften!

Zum Glück waren die Kolleginnen und Kollegen in Damp gewerkschaftlich organisiert, denn die Gewerkschaft Verdi machte diesen Skandal mittels Arbeitskampf publik. Die dadurch hergestellte Öffentlichkeit

zwang den Konzern schlussendlich zu Zugeständnissen: Die Kündigungen wurden – jedenfalls für die nächsten achtzehn Monate – zurückgenommen. Dies zeigt, dass Widerstand, Arbeitskampf und Solidarität starke Mittel gegen Profitstreben sind.

Soweit, so gut. Was aber danach geschieht, wenn die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in achtzehn Monaten nicht mehr auf diesen Skandal gerichtet ist, bleibt abzuwarten. Beispiele gibt es genug, wo dann still und heimlich das eigentliche Ziel der Konzerne eben doch noch umgesetzt wurde.

Ein anderer Faktor um mit Kliniken Profit zu erwirtschaften ist manchem Patienten in Ostholstein wohl bekannt:

Man setzt auf die Therapien, die profitabel sind. Kranke deren Betreuung nicht profitabel wäre, werden abgewiesen. Oder sie werden nur notdürftig betreut. Oder, last but not least, die Betreuung wird mit Zusatzkosten versehen, die für normale Menschen nur schwer oder gar nicht bezahlbar sind.

Ein Skandal, der sich im Stillen abspielt und dies auch nur deshalb, weil es die oben genannte herrschende Logik beschädigen würde. Gesundheit ist in diesem System eine Ware. Eine Ware mit der ebenso Profit erwirtschaftet werden soll, wie mit Gebrauchsgütern. Egal, ob in Damp, in Ostholstein, in Lübeck oder anderswo in Deutschland.

Aber Gesundheit darf keine Ware sein! Kranke benötigen alle Hilfe die sie bekommen können und zwar mit optimaler Fürsorge – unabhängig von der Art der Krankheit oder dem Geldbeutel der Betroffenen!

Die Realität in diesem unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem sieht anders aus.

Ebenso zeigt das Beispiel Fresenius Helios in Damp eine weitere Seite dieses Systems auf: Gewerkschaftlicher Kampf – so wichtig und richtig er ist – kann Probleme nur lindern. Das ist gut und es ist extrem wichtig!

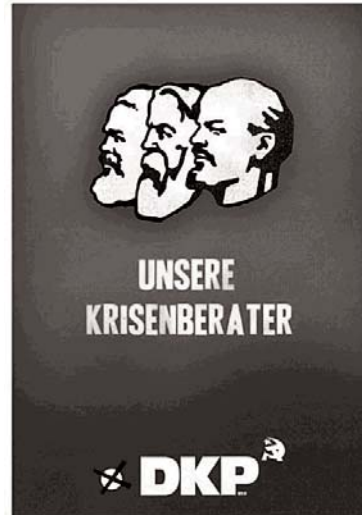
Aber er löst das Problem nicht! Nicht in Damp bei Helios, nicht bei Scandline, nicht bei Schlecker, nicht bei der Lübecker

Hafen Gesellschaft – nirgendwo!

Die Wurzel des Problems ist nämlich unser Wirtschaftssystem: Die Profitlogik – der Kapitalismus!

Nur wenn die Pseudo-Logiken dieses Systems durchbrochen und überwunden werden, wenn ein System geschaffen wird, in dem der Mensch das Maß der Dinge ist, kann Kranken optimale Betreuung zuteil werden, können Arbeitsplätze wirklich gesichert werden, wird den Menschen eine Perspektive gegeben von der und durch die sie lebenswert Leben können.

Ein solches System nennt man Sozialismus!



Lübecker Flughafen vor dem Aus!

EU-Kommission leitet ein Verfahren wegen Wettbewerbsverzerrung ein

Im August kam ein Schreiben der EU-Kommission im Zusammenhang mit dem Flughafen Lübeck an die Öffentlichkeit. Die EU-Kommission ermittelt wegen Wettbewerbsverzerrung gegen die unerlaubten staatlichen Beihilfen für den Flughafen Lübeck.

Annähernd alle staatlichen Subventionen für die Flughafengesellschaft FLG, den einstigen Investor Infratil sowie die Fluggesellschaft Ryanair verstoßen nach Ansicht der Kommission gegen EU-Recht.

Außerdem sind nun auch die aberwitzigen und stets geleugneten Details der Verträge mit Ryanair öffentlich: Konditionen, die statt des Einzugs von Gebühren eine

Subvention der irischen Fluggesellschaft bedeuten. Die Verlängerung dieser Verträge bis in das Jahr 2013 wurde von der damaligen Geschäftsführung am Aufsichtsrat vorbei geschlossen, obwohl zum Zeitpunkt der Vertragsverlängerung im Jahr 2010 bereits durch den Wortlaut des Bürgerentscheids klar war, dass ein Weiterbetrieb nur bis Ende 2012 sicher gestellt ist.

Interessant ist auch, dass der Kommissionsbericht bereits im Februar 2012 erstellt wurde. Warum die Öffentlichkeit erst jetzt davon erfährt, ist einfach und skandalös: Verschleiern, Verzögern, Verhindern - das sind die Instrumente der Flughafenlobby um den Lübecker Bürgermeister Bernd Saxe.

Seit Eingang des EU-Berichts im Februar 2012 besteht ein definitives Durchführungsverbot. Das bedeutet konkret:

Alle von der Kommission in Frage gestellten Rabatte, Sonderkonditionen, Marketingzuschüsse und technischen Ausbaumaßnahmen hätten vom 22. Feb. 2012 an auf Eis gelegt werden müssen. Ob dies geschehen ist, ist unklar. Es darf zumindest bezweifelt werden, denn der Flugbetrieb geht unverändert weiter!

Was nun zu vermuten sein wird, ist die zwangsweise Rückzahlung der unerlaubt gewährten Subventionen durch die Flughafengesellschaft. Diese wäre dadurch zwangsläufig insolvent.



Fehmarnbeltquerung

**Erich Kästner
(1930)**

**“Brief an den
Weihnachtsmann”**

Lieber, guter
Weihnachtsmann,
weißt du nicht, wie's um
uns steht?

Schau dir mal
den Globus an.
Da hat einer dran gedreht.

Alle stehn herum und
klagen.
Alle blicken traurig drein.

Wer es war,
ist schwer zu sagen,
keiner will's gewesen
sein.

Uns ist gar nicht wohl
zumute.
Kommen sollst du,
aber bloß mit dem Stock
und mit der Rute.
(Und nimm beide
ziemlich groß.)

Breite deine goldenen
Flügel aus,
und komm zu uns herab.
Dann verteile deine
Prügel.
Aber bitte nicht zu knapp.

Lege die Industriellen
kurz entschlossen übers
Knie.
Und wenn sie sich
harmlos stellen,
glaube mir, so lügen sie.

Ziehe denen, die regieren,
bitte schön, die Hosen
stramm.
Wenn sie heulen
und sich zieren,
zeige ihnen ihr Programm.

Komm, und zeige Dich
erbötig, und verhau sie,
daß es raucht!
Denn sie haben's
bitter nötig. Und sie
hätten's längs gebraucht.

Komm erlös uns von der
Plage, Komm, weil kein
Mensch
das gar nicht kann,

Ach das wären Feiertage,
lieber, guter
Weihnachtsmann!

Kein Tropfen auf den heißen Stein und heiße Luft um Nichts!

Um es vorweg zu nehmen: die DKP positioniert sich eindeutig gegen den Bau einer festen Fehmarnbeltquerung. Die Gründe finden sich auf der Homepage des Aktionsbündnisses gegen eine feste Fehmarnbeltquerung e.V. Daher wollen wir an dieser Stelle gar nicht weiter darauf eingehen. Siehe: <http://www.beltquerung.info/>

Hier interessiert uns der zuletzt veröffentlichte Beschluss der neuen SH-Landesregierung, der sogenannten Dänen-Ampel aus SPD, Grüne und SSW, die unter Schwarz-Gelb bereitgestellten 60 Mio. Euro für die Hinterlandanbindung wieder aus dem Landesetat zu streichen.

Was bedeutet das?

Szenario 1:

Es ginge natürlich jede Mitsprachemöglichkeit des Landes bei der Planung der Streckenführung zwischen Hamburg und Puttgarden verloren. Die Wunschstrecke entlang der A1 ließe sich zugunsten des billigeren Ausbaus der vorhandenen Linie entlang der Erholungs-, Kur- und Badeorte wahrscheinlich nicht mehr durchsetzen. Der touristisch geprägte Landstrich mit zahlreichen Luftkurorten würde immense Belastungen hinnehmen müssen. Insbesondere die vielen kleinen Ferienwohnungen könnten den Lärmbelastungen zum Opfer fallen. Das ist gleichbedeutend mit Existenzbedrohung für deren Besitzer, die oftmals von diesen saisonalen Einnahmen leben müssen. Ostholstein ist Deutschlands Tourismuszentrum und verfügt über so gut wie keine Industrie und nur wenige Großgewerbetreibenden. Wenn also gegen den Wunsch vieler Einheimischen die feste Fehmarnbeltquerung kommt, dann kommt sie zusätzlich mit Verschlimmerungen für die Bevölkerung.

Szenario 2:

Es ergäbe sich die Chance, dass der Staatsvertrag noch einmal untersucht wird, weil die bei Abschluss festgelegten Bedingungen längst nicht mehr erfüllt sind. Die Kostenplanungen wurden schon 2008 viel zu gering angesetzt, Gutachten kommen zu Ergebnissen, die von einer Verdoppelung der Kosten für die Querung selbst, aber auch für die von der BRD zu finanzierende Hinterlandanbindung ausgehen. Auch wenn Berlin (bzw. der Bayerische Bundesverkehrsminister) bislang keine Anstalten macht, tätig zu werden, so sorgt doch die permanente kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise für zusätzlichen Druck. Die Rohstoff- und Energiepreise steigen derweil weiter. Auch wenn bei angenommenen Gesamtbaukosten

der Hinterlandanbindung von derzeit rund 1 Milliarde Euro die Schleswig-Holsteinischen 60 Millionen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sind, können sie als Argument erhalten, den Staatsvertrag zu überprüfen und hinfällig werden zu lassen.

In diesem Fall würde die feste Fehmarnbeltquerung nicht kommen.

Was also wird geschehen?

Die Stillstands- und Hinhaltepolitik der Schwarz-Gelben Bundesregierung wird aller Voraussicht nach nicht zu dem gewünschten zweiten Szenario führen. Denn ob mit oder ohne dem Geld aus Schleswig-Holstein, der Staatsvertrag müsste ohnehin einer



Prüfung unterzogen werden – und das passiert nicht! Bleibt also das Szenario 1 und somit eine weitere Verschlimmerung der volkswirtschaftlichen Zustände in Ostholstein.

Fazit:

Schleswig-Holsteins Millionen hätten im Topf bleiben müssen, denn auch wenn wir generell die feste Fehmarnbeltquerung nicht wollen, eine noch schlimmere Hinterlandanbindung wollen wir schon gar nicht!

Ja, ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Proqramm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden



Kontakt: DKP-Parteivorstand,
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Stichwort: Lübeck-Ostholstein
dkp.hl-oh@email.de
www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de
Tel.: (02 01) 17 78 89-0
Fax: (02 01) 17 78 89 29